

Wir sind nicht kriegstüchtig

Frauen für den Frieden!


ZUKUNFT BRAUCHT
FRIEDEN UND ABRÜSTUNG



Die Waffen nieder!
Zukunft braucht
Dialog, Verständnis
und Kompromisse

DKP
Deutsche Kommunistische Partei





Jetzt 6
Wochen
kostenlos
testen

*„So ist das Leben und so muß
man es nehmen, tapfer, un-
verzagt und lächelnd – trotz
alledem.“ Rosa Luxemburg*



**Sagen,
was ist!**

unsere-zeit.de



Tel.: 0201 177889-15 | abo@unsere-zeit.de

Wir sind nicht kriegstüchtig – Frauen für den Frieden!

Die Gefahr eines Dritten Weltkrieges ist heute so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die US-geführte NATO führt im Interesse von Machterhalt und Profit weltweit Kriege. Besonders nach Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft tritt der aggressive Charakter des Imperialismus immer deutlicher zutage. Heute wehrt er sich mit allen Mitteln gegen seinen Niedergang und hat Russland und China im Visier.

Der deutsche Imperialismus nimmt mit Kriegshetze vor allem gegen Russland, Hochrüstung, Kriegswirtschaft und Militarisierung in ungekanntem Maß eine führende Rolle unter den Kriegstreibern ein. Deutschland soll bis 2029 kriegstüchtig sein – diesem Ziel wird alles untergeordnet.

Wo unbegrenzte Kriegskredite durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht werden, bleibt für die Menschen nichts übrig. Der Abbau sozialer und demokratischer Rechte, Massenarbeitslosigkeit und Verarmung sind die Folgen. Frauen sind von dieser Entwicklung besonders betroffen.



Foto: DKP Stuttgart

Als Kommunistinnen wollen wir darüber aufklären, was die Kriegspolitik für die Bevölkerung in diesem Land und insbesondere für Frauen bedeutet. Wir wollen Frauen ermutigen, mit uns für den Frieden zu kämpfen. Im Friedenskampf, in der Verhinderung eines Dritten und letzten Weltkriegs, sehen wir heute die Hauptaufgabe. Eine große Rolle spielt dabei für uns die internationale Solidarität.

Für das Recht auf ein Leben in Frieden

Die von der NATO geführten Kriege und Wirtschaftskriege kosten Zehntausende Menschenleben, zerstören Existenzen und verwüsten Länder, ihre Infrastruktur und die natürlichen Lebensgrundlagen. Sie verursachen Flucht und Vertreibung. Die Opferzahlen von Frauen und Kindern sind besonders hoch. Beim Vernichtungskrieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza waren 70 Prozent der Getöteten Frauen und Kinder.

Kriege sind die Hauptursache von Fluchtbewegungen. Auch hier sind Frauen mit ihrer Verantwortung für Kinder und Alte besonders betroffen. Als Binnenflüchtlinge bleiben sie mit ihren Kindern häufig in riesigen Flüchtlingslagern zurück. Dort sind sie Hunger, Krank-



Foto: Uwe Bitzel/r-mediabase.eu

heiten und Unwettern schutzlos ausgeliefert. Hinzu kommt die Bedrohung durch sexualisierte Gewalt. Frauen sind in besonderem Maß von Gewalt und Verelendung betroffen, sie werden vergewaltigt, verschleppt und versklavt.

Schaffen es Frauen trotz des weitgehend abgeschafften Asylrechts nach Deutschland, werden sie auch hier benachteiligt. In den Flüchtlingsunterkünften sind sie erneut nicht sicher, sondern Übergriffen von Wachpersonal und Männern ausgeliefert. Auch hier verbringen Geflüchtete viel Zeit mit Pflegearbeiten. Fehlende Angebote verhindern den Zugang zu Arbeit und Bildung. Viele Frauen sind gezwungen, sich zu verkaufen. Schätzungen gehen davon aus, dass 80 bis 90 Prozent der Prostituierten in Deutschland einen Migrationshintergrund haben. Prostitution ist Gewalt, die die Persönlichkeit und selbstbestimmte Sexualität der Frau zerstört. Sie ist Ausdruck patriarchalischer Machtverhältnisse.

So setzt sich das mitgeschleppte Elend fort, Berufstätigkeit wird zur Unmöglichkeit, Geflüchtete bleiben gesellschaftlich isoliert. Der unverhohlene Rassismus in weiten Teilen der Gesellschaft und des Staates nimmt ihnen jegliche Perspektive.

Die DKP fordert

- ★ **Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete**
- ★ **Besonderer Schutz und Förderung geflüchteter Frauen**
- ★ **Volle Wiederherstellung des Rechts auf Asyl**
- ★ **Stopp die neokoloniale Entwicklungshilfe und das Abwerben von Fachkräften**

Nein zur Wehrpflicht!

Der Dienst an der Waffe ist keine Emanzipation!

Um bis 2029 kriegstüchtig zu sein, braucht Deutschland auch die Frauen. Bis zum Jahr 2000 durften sie keinen Dienst an der Waffe leisten, dann entschied der Europäische Gerichtshof, dies widerspreche der Gleichberechtigung. 2011 wurde die Wehrpflicht nicht abgeschafft, wie oft behauptet, sondern für Männer auf den Spannungs- oder Verteidigungsfall beschränkt. Gleichzeitig wurde ein freiwilliger Wehrdienst für Frauen und Männer geschaffen. Die Zahl der Freiwilligen entspricht zurzeit allerdings nicht den Zielvorgaben einer Berufsarmee.

Aktuell verfügt Deutschland über etwa 180.000 Soldaten, davon sind 13 Prozent Frauen. Bis 2029 soll die Anzahl der Bundeswehrsoldaten um 80.000 erhöht werden. Dafür wird die Wehrpflicht wieder eingeführt – zunächst mit einer verpflichtenden Wehrrfassung der Männer. Auch Frauen werden zur Musterung „eingeladen“ – noch „freiwillig“. Doch in einem Land, in dem Jugendlichen nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden und Frauen in den Niedriglohnsektor gedrängt werden, ist die Freiwilligkeit eine Farce. Die Bundeswehr lockt mit attraktiven „Gehältern“, Angeboten wie Medizin-, Sport- und Musikstudiengängen sowie dem kostenlosen Führerschein. Sie verstärkt ihre Werbung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Überall wird auf den „Spannungsfall“ bis hin zum „Verteidigungsfall“ vorbereitet.

Um junge Menschen für den Dienst an der Waffe zu begeistern, schickt die Bundeswehr seit Jahren Jugendoffiziere unter dem Vorwand politischer Bildung in die Schulen – bisher auf Einladung der Schulen. Das soll sich ändern: In Bayern wurde im Juli 2024 ein Gesetz beschlossen, das eine engere Kooperation von staatlichen Schulen und Hochschulen mit der Bundeswehr vorschreibt. Es dient als Blaupause für andere Bundesländer. In der Folge nimmt die Zahl von Minderjährigen bei der Bundeswehr stetig zu. Allein 2024 wurden rund 2.200 17-Jährige mit Einverständnis ihrer Eltern rekrutiert.

Die DKP fordert

- ★ **Keine Wehrpflicht und andere Zwangsdienste für Frauen und Männer**
- ★ **Verbot von Bundeswehrwerbung in Schulen, Ausbildungsstätten und auf Jobmessen**
- ★ **Verbot der Rekrutierung Minderjähriger**
- ★ **Schluss mit der Militarisierung ziviler Bereiche wie dem Gesundheits- und Bildungswesen, dem Sport und der Kultur**

Für die sozialen Rechte der Frau

In einem Land, das unbegrenzte Kriegskredite bewilligt, bleibt für die Menschen nicht viel über. Sie sollen den Kriegskurs zahlen. Der Angriff auf den „Sozialstaat“ und die Arbeiterklasse ist umfassend. Er trifft die gesamte Bevölkerung, aber Frauen in besonderem Maße. Für sie bedeutet das Leben im Kapitalismus ohnehin, dass sie doppelter Ausbeutung durch Lohnarbeit und Sorgearbeit unterliegen. In Vorkriegs- und Kriegszeiten rückt ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in weite Ferne.

Für das Recht auf Arbeit

Eine wichtige Voraussetzung für die Emanzipation der Frau ist eine existenzsichernde Erwerbsarbeit. Sie bedeutet ökonomische Unabhängigkeit und die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Sie ermöglicht Selbstbestimmung und Selbstbestätigung.

Nach wie vor sind aber weniger Frauen berufstätig als Männer. 2023 lag die Erwerbsquote der Frauen bei 75,8 Prozent und die der Männer bei 83,6 Prozent. Ein Großteil der Frauen arbeitet in schlecht bezahlten sogenannten „Frauenberufen“, zum Beispiel im Pflegebereich und im Einzelhandel. Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland in den letzten Jahren stark gestiegen. Insgesamt arbeiten in den Bereichen Gesundheit, kulturelle und soziale Dienstleistungen sowie in Reinigungsberufen mehr als 70 Prozent Frauen. Bei gleicher Qualifikation verdienen Frauen häufig weniger als Männer. Viele Frauen arbeiten in Mini-Jobs oder in Teilzeit. Daraus resultiert eine Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, die in Deutschland, anders als in anderen europäischen Ländern, konstant bei 18 Prozent liegt.



Foto: DKP Bayern

2023 arbeitete die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Teilzeit – eine Armutsfalle. Das ist auch eine Folge der wieder zunehmenden Übernahme alter Rollenbilder. Ganz selbstverständlich wird die Verantwortung für die Sorgearbeit wieder den Frauen zugeschoben. Die Pflege von Kindern, Angehörigen und alten Menschen, die Erziehung der Kinder und die Erledigung des Großteils der Hausarbeit sind für die Reproduktion der Arbeitskraft unerlässlich. Da diese Arbeiten hauptsächlich privat und unentgeltlich erfolgen, ist diese, den Frauen zugewiesene Reproduktionsarbeit, ein erheblicher Teil der kapitalistischen Ausbeutung. Sie widerspiegelt patriarchale Traditionen und kapitalistische Ausbeutung.

Die Privatisierung des Gesundheitswesens verstärkt diese Tendenz. Statt angemessene Löhne zu zahlen und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, wandern Kranken- und Pflegekassenbeiträge in die Taschen von Aktionären. Die Zuzahlungen, gerade im Altenpflegebereich, wachsen ins Unermessliche. Eine Vollversorgung durch die Pflegeversicherung war nie geplant. Es wurde nie geklärt, wovon die weitere Pflegearbeit finanziert werden soll. Auch das führt dazu, dass Frauen weiterhin die Pflege von Angehörigen übernehmen.

Um die Profite zu erhöhen, werden die Arbeitsbedingungen kontinuierlich verschlechtert. Die Arbeitszeit wird stetig verlängert und auf das Wochenende ausgedehnt. Arbeits-

verdichtung, Druck und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und Perspektivlosigkeit bringen die Menschen an ihre Grenzen. Für den Kampf um ihre Rechte, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen bleiben den doppelt belasteten Frauen kaum Ressourcen. Und trotzdem wurden die größten Streiks in den vergangenen Jahren für Entlastung in den Krankenhäusern und Kitas mehrheitlich von Frauen getragen. In diesen Kämpfen sind Selbstbewusstsein und der Mut zu kämpfen gewachsen.

Wir waren schon mal weiter ...

In der DDR waren etwa 50 Prozent der Beschäftigten Frauen. Die Berufstätigkeit der Frauen betrug mehr als 90 Prozent. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war Realität. Die Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen war durch Gesetz, Exekutive und Rechtsprechung weitgehend gesicherte Staatspolitik. Durch sozialpolitische Maßnahmen waren Familie, Kind und Beruf kein Gegensatz. So gab es zum Beispiel das „Babyjahr“ und den Haushaltstag – auch für Auszubildende mit eigenem Haushalt. Es gab Hilfen bei der Geburt und Betreuung der Kinder in Kinderkrippen und Kindergärten. Damit war auch eine auskömmliche Rente im Alter gesichert.

Nein zu Altersarmut

Aus der Benachteiligung der Frauen im Berufsleben resultieren deutlich niedrigere Renten. 2024 lag die Durchschnittsrente von Frauen bei 955 Euro gegenüber 1.405 Euro bei Männern. Mehr als 2 Millionen Rentnerinnen lebten unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze, bei den Rentnern waren es 1,3 Millionen. Altersarmut wird sich für Frauen durch den politisch geplanten Sozialabbau zugunsten der Aufrüstung noch verstärken. Die private Absicherung für eine auskömmliche Rente ist für die wenigsten Menschen möglich. Besonders dramatisch ist die Situation in Ostdeutschland: Selbst nach 40 Beitragsjahren erreicht etwa die Hälfte aller Versicherten keine Rente oberhalb der Armutssicherungsgrenze. Trauriger Spitzenreiter ist Thüringen: 52,2 Prozent der Rentnerinnen und Rentner erhalten dort nach 40 Beitragsjahren eine Rente unterhalb der Armutsschwelle.

Die DKP fordert

- ★ **Gleicher Lohn für Männer und Frauen**
- ★ **Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, zum Beispiel durch einen Rechtsanspruch auf kostenlose Ganztagskinderbetreuung**
- ★ **Stopp die Angriffe auf die Arbeitszeit, stattdessen Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- ★ **Eine existenzsichernde Altersrente für alle**



Foto: Christa Hourani

Für das Recht auf Bildung

Seit Jahren leidet Deutschland unter einem maroden Bildungswesen. In der Kinderbetreuung und in den Schulen fehlt es an Personal, Geld, Räumen und technischer Ausstattung. Ein offener Ganztagsplatz für Kinder ist kaum zu bekommen, und wenn, dann ist er für viele nicht zu bezahlen. Besonders alleinerziehende Mütter sind durch verkürzte Betreuungszeiten belastet.

Die Ökonomisierung der schulischen Bildung öffnet den Konzernen Tür und Tor. Schulpartnerschaften, Sponsoring oder spezielle Projekte ermöglichen es den Konzernen, Einfluss auf die Bildungsinhalte zu nehmen. Die gegenwärtige Bildungspolitik sozialer Ungleichheit produziert ein Bildungsgefälle. Ökonomisch abgehängte Kinder haben keine Aussicht auf gute Bildung und entsprechend schlechte Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Dadurch verfestigen sich Armutskarrieren – hier setzt die perfide Werbekampagne der Bundeswehr an.

Wir waren schon mal weiter ...

In der DDR war die berufliche Entwicklung von Frauen gesetzlich garantiert und im Alltag Realität. Nach der Schule hatten alle Abgängerinnen die Möglichkeit einer Berufsausbildung oder eines Studiums. Der Anteil der Studentinnen betrug über 50 Prozent. Für berufstätige Frauen gab es ein Frauensonderstudium für Hoch- und Fachschulen, um gleiche Bil-

dungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Die Delegierung erfolgte durch die Betriebe. Dabei wurde besonderer Wert auf die Förderung in technischen Berufen gelegt. Ebenso wurden Anstrengungen unternommen, die Qualifikationsrückstände der Frauen gegenüber Männern zu beseitigen.

Die DKP fordert

- ★ **Gleiche Bildungschancen für alle**
- ★ **Kostenlose und qualifizierte Ganztagsbetreuung für alle**
- ★ **Bundeswehr und Konzerne raus aus der Schule**
- ★ **Friedenserziehung als Pflichtfach**

Für das Recht auf Gesundheit und Selbstbestimmung

Gesundheit ist eine Klassenfrage. Wer arm ist, kann sich gesunde Ernährung, gute medizinische Versorgung, Vorsorge und Sport immer weniger leisten. Auch hier sind Frauen in besonderem Maße betroffen. In der Frauenheilkunde werden Vorsorgeleistungen reduziert oder sind nur gegen Bezahlung erhältlich. Geburtskliniken oder gynäkologische Stationen werden abgebaut, da sie nicht gewinnbringend arbeiten können. Das bedeutet für werdende Mütter unzumutbar weite Anfahrtswege für die Geburtshilfe.

Medizinische Lehrbücher mit ihren Informationen zu Symptomen, Diagnostik und Therapie sind auf Grundlage von fast ausschließlich an Männern durchgeführter Forschung entstanden. Folglich sind Wirkung und Auswirkung von Medikamenten und Therapien auf Frauen weitgehend unbekannt. Ein Herzinfarkt äußert sich beispielsweise bei einer Frau anders als bei einem Mann und bleibt deswegen oft unerkannt.

Schwangerschaftsabbrüche sind in der BRD noch immer eine Straftat. Diese Gesetzeslage verhindert die Bezahlung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkasse. Sie erschwert es, Frauenärzte zu finden, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Die Fristenregelung nach einer vorausgegangenen Zwangsberatung suggeriert zudem eine Freiheit, die keine ist. Rechte Parteien, darunter auch CDU/CSU, und religiöse Organisationen mit ihrer reaktionären Familienpolitik haben sich den Kampf für ein generelles Abtreibungsverbot auf die Fahne geschrieben. Die sogenannte „Lebensrechtsbewegung“ terrorisiert Ärzte und Frauen, die eine Beratungsstelle aufsuchen, mit Demonstrationen und Blockaden. Im Rahmen der Kriegsertüchtigung wird der Druck wachsen, schließlich wird Kanonenfutter gebraucht. Den Frauen wird das Recht abgesprochen, selbst über ihren Körper zu entscheiden.

Wir waren schon mal weiter ...

Charakteristisch für das Gesundheitswesen der DDR waren Polikliniken. Umfassende Versorgung war dort durch Ärzte, Fachärzte und Labore gesichert. In größeren Betrieben gab es eigene Betriebsambulatorien. Zur Krankheitsprävention gehörten umfangreiche Vorsorgeuntersuchungen



Foto: ver.di

und Impfprogramme. In den Kommunen waren „Gemeindeschwestern“ tätig. Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte und Medikamente waren kostenlos. Es gab gesonderte Schwangerenbetreuungsstellen mit Fachärzten, Hebammen und Fürsorgerinnen. Mutterschutz existierte seit 1950. Für die Geburt gewährte der Staat Geld für die Erstausrüstung des Kindes, ab 1970 ein bezahltes „Babyjahr“.

In der DDR waren Schwangerschaftsabbrüche ab März 1972 innerhalb der ersten 12 Wochen legal – ohne Angabe von Gründen. Der Abbruch war kostenlos.

Alle 4 Minuten wird in Deutschland eine Frau durch ihren Partner oder Ex-Partner misshandelt, alle 2 Stunden erlebt sie sexualisierte Gewalt und nahezu jeden Tag wird ein Mädchen oder eine Frau Opfer von Femizid. Femizide, also die Tötung von Mädchen und Frauen aufgrund ihres Geschlechts, werden in Deutschland bislang nicht als solche anerkannt. Gewalt gegen Frauen als strukturelles Problem, als Zeichen von Unterdrückung und hierarchischen Geschlechterverhältnissen, wird damit ignoriert und in der Regel als „Beziehungsdrama“ verharmlost.

Gewalt von Männern an Frauen, aber auch an Kindern, steht häufig in einem Zusammenhang mit einer patriarchalen Geschlechterrolle, die eine Privilegierung des Mannes akzeptiert. Wird diese Machtposition und der soziale Status durch eine Krise erschüttert, wird häufig Gewalt als Mittel des Machterhalts eingesetzt. Infolge der restriktiven Maßnahmen während der Corona-Pandemie hat Gewalt gegen Frauen deutlich zugenommen. Die Quarantäne zwang Menschen, auf sehr engem Raum miteinander zu leben, was zu einer Zunahme von physischer und sexualisierter Gewalt, bis hin zum Femizid führte.

Trotz der Zunahme von häuslicher Gewalt werden im Zuge der Zerschlagung des „Sozialstaats“ Schutzmaßnahmen für Frauen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Kontaktstellen geschlossen oder ihre finanziellen Mittel gekürzt.

Im Jahr 2023 wurden

52.330 Frauen und Mädchen Opfer von Sexualstraftaten

180.715 Frauen und Mädchen Opfer häuslicher Gewalt

360 Mädchen und Frauen Opfer von Tötungsdelikten

12.931 Mädchen und Frauen körperlich verletzt

17.193 Frauen und Mädchen Opfer digitaler Gewalt

(Kriminalstatistik 2023)

Die DKP fordert

- ★ **Finanzierung und Erweiterung von Vorsorgeuntersuchungen**
- ★ **Wohnortnaher Erhalt von Geburtskliniken**
- ★ **Berücksichtigung geschlechterspezifischer Unterschiede in der medizinischen Forschung und Behandlung**
- ★ **Ersatzlose Streichung des § 218**
- ★ **Ausreichende Schutzeinrichtungen für Frauen**

Stopp den reaktionären Rollback

Wir erleben eine signifikante Rückkehr zu reaktionären Rollenbildern. Durch Abbau und Privatisierung von sozialen Einrichtungen wie Pflegeeinrichtungen oder Kitas, werden viele Frauen wieder verstärkt zu häuslicher Tätigkeit gezwungen. Gleichzeitig wird von ihnen erwartet, schön, schlank, berufstätig, kaufkräftig und eine gute Liebhaberin zu sein. Eine große Rolle spielt dabei das Aussehen der Frau als vermeintlich unverzichtbares Kapital für berufliche Anerkennung und gesellschaftlichen Erfolg. Davon profitieren vor allem die Schönheits-, Kosmetik-, Fitness- und Pharmaindustrie. Kollateralschäden sind Essstörungen, Depressionen und Burn-out-Erkrankungen.

Während der Fokus auf „meine Schönheit, meine Gesundheit, meine Familie, mein Zuhause“ gelenkt wird, verlieren Gemeinschaftsgeist, Solidarität und Klassenbewusstsein ihren Stellenwert. Solidarität mit armen Menschen wird durch Diffamierungen gegen sogenannte „Sozialschmarotzer“ oder „Faulenzer“ untergraben. Menschen mit Migrationsgeschichte werden als

Konkurrenten gesehen und nicht als Verbündete im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner. Wir stehen hingegen für Solidarität statt Ausgrenzung – Unsere Antwort heißt: Gemeinsam kämpfen!

Für das Recht auf eine intakte Umwelt

Umweltkatastrophen, Starkwetter und Dürreperioden nehmen weltweit zu. Infolgedessen kommt es zu Naturkatastrophen, Hungersnöten und Epidemien. Kriege zerstören natürliche Lebensgrundlagen und sind Klima- und Umweltkiller. Durch Aufrüstung und Kriege werden enorme Emissionen an CO₂ freigesetzt. Durch einen Zusatz zum Kyoto-Protokoll verhinderten die USA die Erhebung genauer Zahlen. Es besteht keine Auskunftspflicht. Während die Kosten des Umwelt- und Klimaschutzes der Bevölkerung auferlegt werden, zum Beispiel durch den Einbau neuer Heizungen, Dämmung von Wohnraum und durch Senkung der Temperaturen in Wohnungen und öffentlichen Gebäuden, wird durch die Militarisierung Treibhausgas in riesigen Mengen freigesetzt.

Ein Tornado der Bundeswehr setzt bei einem Flug von einer Stunde 14,6 t CO₂ frei, der Eurofighter 11 t pro Stunde. Ein B-52 Bomber der USA setzt in einer Stunde so viel Emissionen frei wie ein Autofahrer in sieben Jahren. Dazu kommen noch die Emissionen der Rüstungsproduktion die ständig erhöht wird und die Kosten der sonstigen militärischen Bewegungen. Die Treibhausgas-Gesamtemissionen der Bundeswehr betrugen im Jahr 2022 1,77 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Im Jahr 2019 waren es noch 1,45 Millionen. Zum Vergleich: Eine Person verursacht in Deutschland (Stand 2024) im Durchschnitt jährlich 10,3 Tonnen Treibhausgase in CO₂-Äquivalenten.

Frauen sind von der Umweltzerstörung in besonderer Weise betroffen. Durch Naturkatastrophen sterben 14mal mehr Frauen als Männer, weil sie bei Kindern und Pflegebedürftigen zurückbleiben, oft nicht schwimmen können oder keine Fahrzeuge besitzen. In den meisten Gesellschaften sind sie es, die die natürlichen Ressourcen verwalten und nutzen. Zum Beispiel sind in 80 Prozent der Haushalte, die keinen Wasseranschluss haben, Frauen und Mädchen für die Wasserbeschaffung zuständig. Die entsprechenden Wege zu den Quellen werden länger. Da Frauen fast immer für die Familiernahrung zuständig sind, gehen auch Ernteausfälle verstärkt zu ihren Lasten. Oftmals sind Frauen unterernährt und krank, weil sie zugunsten der Männer, Alten und Kinder hungern.

Die DKP fordert

- ★ Die Rolle des Militärs als Umweltkiller muss öffentlich gemacht werden
- ★ Kein Abwälzen der Kosten für den Erhalt der Umwelt auf die Arbeiterklasse – die Verursacher müssen zahlen!

Für eine starke Friedensbewegung

Für uns Frauen in der DKP ist der Kampf für Frieden von herausragender Bedeutung. Ein dritter Weltkrieg muss verhindert werden. Es wäre der letzte. Deshalb setzen wir uns für eine einheitlich handelnde und starke Friedensbewegung ein. Wir erinnern an die Worte der Kommunistin Clara Zetkin. Als Alterspräsidentin des Deutschen Reichstages forderte sie im August 1932 ein breites Aktionsbündnis gegen den Faschismus mit den Worten: „Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten.“ Das gilt angesichts akuter Kriegsgefahr auch heute!

Um eine gleichberechtigte Teilnahme aller Menschen an der Gesellschaft zu ermöglichen, unabhängig von Geschlecht, sozialer oder nationaler Herkunft, sexueller Orientierung, Sprache oder Hautfarbe, bedarf es Frieden und einer von Vernunft geleiteten Politik.

Die deutsche Bundesregierung steht für das Gegenteil. An der Seite der USA und als Führungsmacht der EU rüstet Deutschland gegen Russland und China. Wir stehen hingegen für Frieden und Kooperation mit Russland und China und sagen: Deutschland muss raus aus der NATO. Wir streiten für eine multipolare Welt, die vom friedlichen und gleichberechtigten Zusammenleben der Völker bestimmt wird und dem Wohlstand der Menschen dient. Wir bauen dabei auf die Erfahrungen unserer Vorbilder wie Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Alexandra Kollontai und vieler anderer kommunistischer Kämpferinnen, sowie auf die Erfahrungen des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden, der DDR.

Für den Sozialismus

Wirkliche Veränderungen im Sinne einer Gleichberechtigung von Mann und Frau sind unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich. Letztlich ist dieser Anspruch nur unter sozialistischen Verhältnissen zu realisieren, wie es zum Beispiel in der DDR in vielen Bereichen schon der Fall war. Deshalb sagen wir: Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus – kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten setzen uns dafür ein, kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse abzuschaffen. Wir kämpfen für eine Welt des Friedens und eine befreite, solidarische, emanzipierte Gesellschaft ohne Gewalt und Unterdrückung. Wir machen uns stark für Menschenrechte und internationale Solidarität.

Herausgeber: DKP-Parteivorstand | Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Telefon 0201 1778890 | pv@dkp.de | dkp.de
ViSdP: Wera Richter
Februar 2026

Gestaltung: Tom Brenner

weitere Exemplare sind im uzshop.de erhältlich

Foto Titel: redpicture
Foto Rückseite: redpicture



Karl-Liebknecht-Schule

Die Karl-Liebknecht-Schule (KLS) in Leverkusen ist die zentrale Bildungsstätte der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Nach großer Sanierung präsentiert sich die KLS als eine Einrichtung humanistischer Kultur und marxistischer Bildung und internationaler Solidarität.

- Übernachtungsmöglichkeiten mit 47 Betten in Ein-, Zwei- und Mehrbettzimmern
- Mehrere Veranstaltungs- und Besprechungsräume mit moderner Technik
- Barrierefreier Zugang mit Aufzug, große Außenterrasse
- Hauseigene Küche mit kulinarischer Vielfalt
- Engagiertes Team unterstützt bei der Betreuung vor Ort
- Ob privat oder als Organisation: Platz für Seminare, Feiern oder Tagungen



Helft mit, die KLS zu erhalten. Organisierter Widerstand kostet Kraft – aber auch Geld. Jetzt spenden!

Spendenkonto: Sparkasse Leverkusen
IBAN: DE39 3755 1440 0101 0050 64

Karl-Liebknecht-Schule der DKP,
Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen
kls@dkp.de | Tel: 0214 45418

KLS
www.kls.dkp.de



